



HESSISCHER LANDTAG

26. 06. 2012

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend "Betreuungsgeld" verhindern und frühkindliche Bildung stärken

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass ab dem 1. August 2013 jedem unter dreijährigen Kind ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte oder in der Kindertagespflege garantiert wird.
2. Der Landtag ist der Auffassung, dass eine gute Betreuungsinfrastruktur notwendig ist, damit Familien eine echte Wahlfreiheit bei ihrer Lebensgestaltung haben. Ein quantitativ ausreichendes und qualitativ gutes Angebot an frühkindlicher Bildung und Betreuung fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und verbessert die Chancengleichheit für alle Kinder.
3. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass der bis 2013 angestrebte Kita- und Tagespflege-Ausbau auch in Hessen nicht erreicht werden wird, und fordert daher den Bund auf, sich stärker für den Ausbau einzusetzen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Bund von der Einführung des Betreuungsgeldes Abstand nimmt und stattdessen die dafür veranschlagten Mittel für den Ausbau von Kitaplätzen sowie für die dauerhafte Finanzierung dieses Angebots bereitgestellt werden.
5. Der Landtag bekennt sich zu einer modernen Familienpolitik, die partnerschaftliche Erziehungsarbeit fördert, und er vertritt die Auffassung, dass das geplante Betreuungsgeld längst überkommene Rollenzuschreibungen zwischen Frauen und Männern im Familienleben verfestigen wird.
6. Der Landtag lehnt die Einführung eines Betreuungsgeldes auch ab, weil damit Anreize geboten werden, die die Rückkehr von Frauen ins Berufsleben verzögern oder verhindern.

Wiesbaden, 26. Juni 2012

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler